

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, nach 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Ein Abonnement in der Reichsstadt Wilsdruff 2 Mk., im Monat, bei Zahlung durch die Post 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. Ausland: 4 Mk. 50 Pf. Die Postgebühren sind in der Reichsstadt Wilsdruff zu entrichten. Die Reichsstadt Wilsdruff ist für die Richtigkeit der Druckarbeiten verantwortlich. Im Falle höherer Gewalt, Druck- oder sonstiger Betriebsstörungen bedarf kein Vorbehalt auf Verletzung der Haftung oder Rücknahme des Bezugspreises. — Abänderung eingetragener Schriftsätze erfolgt nur, wenn diese beiliegen.

Abonnementpreis: Die Reichsstadt Wilsdruff, die 4 gepaltene Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Mark jährlich, die 2 gepaltene Teile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Mark jährlich, die 1 gepaltene Teile 10 Mark jährlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Reichsstadt Wilsdruff ist für die Richtigkeit der Druckarbeiten verantwortlich. Im Falle höherer Gewalt, Druck- oder sonstiger Betriebsstörungen bedarf kein Vorbehalt auf Verletzung der Haftung oder Rücknahme des Bezugspreises. — Abänderung eingetragener Schriftsätze erfolgt nur, wenn diese beiliegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 16. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff - Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag den 20 Januar 1927

Kemaleddin Pascha über Deutschland

Unterhaltung mit dem türkischen Botschafter in Berlin. Vor einigen Tagen ist in Angora der Ende Oktober des vorigen Jahres paraphierte deutsch-türkische Handels- und Niederlassungsvertrag unterzeichnet worden. Während der Handelsvertrag auf dem Grundsatz der Meistbegünstigung und der Gleichberechtigung mit den eigenen Staatsangehörigen aufgebaut ist, geht der Niederlassungsvertrag von dem Grundsatz der Gegenseitigkeit aus und behandelt im üblichen Rahmen die Niederlassung, die Berufsausübung, den Erwerb von beweglichem und unbeweglichem Eigentum, die Anerkennung und die Zulassung von Gesellschaften. Außerdem enthält er besondere Bestimmungen über die Besteuerung und den freien Zutritt zu den Gerichten. Die Vertragsdauer ist auf zwei bzw. drei Jahre bemessen. Nach Ablauf dieser Fristen gelten die Verträge, falls keine Abänderung beschlossen wird, für eine unbestimmte Zeit weiter. Die Kündigungsfrist ist eine halbjährliche.

Schon seit der Eroberung von Konstantinopel und seit der Besitzergreifung in Europa, d. h. seit dem Ende des 15. Jahrhunderts, stand die Türkei in mannigfachen Beziehungen zu den Nationen des Westens. Nur mit Deutschland sind die Beziehungen und Anknüpfungen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, erst jüngeren Datums. Das liegt daran, daß die einzelnen deutschen Territorialwirtschaften erst nach der Zollunion und nach der Reichsgründung, also nach dem 18. Januar 1871, den Zusammenschluß zur einheitlichen deutschen Volkswirtschaft fanden. Der hiermit Hand in Hand gehende bedeutsame Prozeß der Industrialisierung gab Deutschland nicht nur die Möglichkeit, sondern zwang es geradezu zur weltwirtschaftlichen Betätigung. Das Auge des deutschen Einführers und Exporteurs richtete sich sehr bald auf Kleinasien und das an Rohstoffen reiche, für den deutschen Absatz außerordentlich günstige Türkische Reich. Das freundschaftliche Verhältnis zwischen dem deutschen und dem türkischen Volk wurde durch die gemeinsame Siedlung im Weltkrieg und die schicksalsschwere Nachkriegszeit noch vertieft. Darum können wir den mit Beginn dieses Jahres zustande gekommenen Freundschaftsvertrag, um den sich die Regierungen beider Länder über zwei Jahre hindurch bemüht haben, mit Freude begrüßen.

Der türkische Botschafter in Berlin, Erzjelenz Kemaleddin Sami Pascha, empfing unseren Berliner Mitarbeiter mit aufrichtiger Genugtuung über das Zustandekommen der paraphierten Vereinbarungen und sagte dabei ungefähr folgendes:

„Der deutsch-türkische Handelsvertrag ist nach der nationalen Bekretung der Türkei das erste Abkommen, welches die Türkische Republik mit einer Großmacht auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit abschließen hat. Sie wissen, mit welchen herzlichen Gefühlen der Freundschaft das türkische dem deutschen Volk gegenübersteht. Beide Nationen haben heroisch für ihre nationale Freiheit gekämpft. Sie sind schließlich nach mehrjährigem heißen Ringen einer allzu großen feindlichen Übermacht unterlegen. Durch die Friedensverträge sind schließlich beide Völker ungerecht behandelt und durch ungeheure Lasten bedrückt. Was für eine schöne Genugtuung können wir gerade darum bei dem Zustandekommen des deutsch-türkischen Freundschaftsvertrages empfinden. Er gewährt Deutschland sämtliche Vorteile, die teils aus eigenem Recht, teils auf Grund der Meistbegünstigung anderer Nationen genöhrt werden. Auf Grund des Artikels 10 des Internationalen Abkommens zur Vereinfachung von Zollformalitäten ist darüber hinaus dem Deutschen Reich von der Türkei die Zollfreie Wiederzufuhr von Rusfern eingeräumt worden.“

Auf die Frage, welche Weiterungen der türkische Botschafter über die Regelung der deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen hinaus durch den Vertrag in der Folge der künftigen Beziehungen sieht, gibt Kemaleddin Sami Pascha der Hoffnung Ausdruck, daß nun auch die Kapitalbeteiligung deutscher Firmen in der Türkei gefördert wird. Die aufstrebende türkische Volkswirtschaft brauche zur vollkommenen Ausnutzung der ihr zugrunde liegenden Landeskräfte Kapital. England, Amerika oder Frankreich geben daselbe nur gegen politische Konzessionen. Die Aufrechterhaltung und Sicherung der erlängten nationalen Freiheit ist aber das größte und höchste Ziel der Türkischen Republik. Dieses Ziel werde die Türkei niemals aufgeben. Der Botschafter fuhr fort:

„Der Grund dafür, daß wir mit dem Deutschen Reich als erster Großmacht nach Wiedererlangung unserer Souveränität zum Abschluß eines Freundschaftsvertrages kamen, ist nicht zuletzt darin zu suchen, daß Deutschland nur rein wirtschaftlich an der Türkei interessiert ist und für seine Kapitalinvestitionen keine politischen Pfänder fordert. Außer der Geltendmachung ihrer hervorragenden Organisationsfähigkeiten und ihrer kaufmännischen Begabung haben es die Deutschen verstanden, das Land in friedlicher Arbeit mit dem Vertrauen auf ihre ehelichen Absichten zu durchdringen.“

Der internationale Handel der Türkei liegt zurzeit noch in sehr hohem Maße in den Händen fremdländischer Kapitalgeber und die türkischen Erzeugnisse finden ihren Weg nach Deutschland darum erst über den fremden Zwischen-

Gerüchte über eine französische Kabinettsumbildung

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 19. Januar. Die Gerüchte von Unstimmigkeiten innerhalb des Kabinetts erhalten neue Nahrung durch die von dem Finanzminister Marin nach dem gestrigen Ministerrat gemachte Feststellung, daß er an der Aussprache über die auswärtige Politik nicht teilgenommen habe. Marin wollte offenbar mit dieser Erklärung betonen, daß er mit Briands Außenpolitik und den Beschlüssen des Ministerrates hinsichtlich der parlamentarischen Behandlung der außenpolitischen Fragen nicht einverstanden sei. In parlamentarischen Kreisen, besonders bei den linksstehenden Abgeordneten, ruft diese Haltung Marins großes Befremden hervor. Mehrere Abgeordnete haben ihre Absicht mitgeteilt, bei der ersten besten Gelegenheit eine Aussprache über die widerwärtige Haltung des Finanzministers Marin herbeizuführen. Ein Mitglied der Gruppe Marin des Republikanischen Verbandes hat sogar erklärt, daß es bei erster sich bietender Gelegenheit mit seinen Freunden sich von Marin loslösen würde. Das Bestreben dieser Abgeordneten geht dahin, eine Debatte in der Kammer herbeizuführen, bevor die Aussprache im Senat erfolgt. Nach den Angaben der Pariser Blätter wird die Senatsdebatte nicht vor dem 27. Januar vor sich gehen, da die Kommission noch umgebildet werden soll. — Der „Figaro“ verzeichnet Gerüchte, wonach gewisse Persönlichkeiten die Bildung eines Kabinetts Briand erwägen, das unter Ausschluß Marins zustande kommen soll. Poincaré würde den Posten als Finanzminister behalten. Diese Gerüchte finden jedoch keinen Glauben. Das Blatt ist der Ansicht, daß bei der gesamten Lage die Fortdauer des „Kabinetts der nationalen Einigung“ noch die beste Lösung darstelle.

Dr. Marx beim Reichspräsidenten.

Vor der Entscheidung. Reichspräsident von Hindenburg hat am Mittwoch den geschäftsführenden Reichskanzler Dr. Marx empfangen, der ihm einen Überblick über den jetzigen Stand der von ihm geführten Verhandlungen zur Bildung einer neuen Reichsregierung gab.

Vor Beginn der Reichstags-Sitzung sind fast sämtliche Fraktionen des Reichstages zusammengetreten, um zur Lage Stellung zu nehmen. In den Fraktions-Sitzungen der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei erstatteten die Vorsitzenden, die Abgeordneten Müller-Franken von der Sozialdemokraten und Dr. Scholz von der Deutschen Volkspartei, ausführlich Bericht. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion faßte nach längerer Beratung folgenden Beschluß: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat keine grundsätzlichen Bedenken, eine Regierung der Mitte zu unterstützen. Die endgültige Entscheidung der Fraktion kann aber erst erfolgen, wenn das Programm und die Zusammensetzung der Regierung bekannt sein werden. In der Sitzung der Zentrumsfraktion wurden Beschlüsse nicht gefaßt. Dagegen hat der Vorstand der Zentrumspartei eine Mitteilung veröffentlicht, die besagt, daß das Zentrum mit besonderem Nachdruck die bisherigen Bemühungen um das Zustandekommen einer Regierung der Mitte forsetzt. Alle gegenteiligen Ausstellungen seien durchsichtige Tendenzmeldungen.

händler. Die türkische Regierung weiß, daß eine große Erleichterung und Belebung des Handels durch Beseitigung des Zwischenhandels herbeigeführt würde, die die dem türkischen Volk unliebbaren Elemente vom Güteraustausch mit dem Auslande ausschließt. Darum haben es sich die führenden Männer der Türkischen Republik gemacht, den Handel rein türkischen Händen zu übertragen. Der Erreichung dieses Zieles diene u. a. auch die im Sommer vorigen Jahres alle bedeutenden europäischen Häfen besuchende „Schwimmende Welle“. Es ist zu erwarten, daß der deutsch-türkische Handelsvertrag auf seinem Teil ebenfalls zur Verwirklichung dieses Zieles beiträgt; denn die deutsche Volkswirtschaft kann natürlich kein Interesse daran haben, mit dem zu erwartenden erhöhten wirtschaftlichen Austausch von Rohprodukten und Industriegeräten fremde Zwischenhändler zu bereichern.

Der deutsch-türkische Freundschaftsvertrag bedarf noch der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften und tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Berlin stattfinden wird, in Kraft. S. R. Fr.

Deutscher Reichstag.

(254. Sitzung.) CB. Berlin, 19. Januar. Präsident Lohé gedachte zu Beginn der ersten Sitzung nach den Worten des Ablebens des Abg. Zabel (Soz.), der dem Reichstage 33 Jahre angehört. Sein Nachfolger ist der Abg. Feinig (Soz.). Vor Eintritt in die Tagesordnung erhob Abg. Stöcker (Komm.) Einspruch gegen die Verschleppung der Regierungstrife. Man solle dem Spiel ein Ende machen und diesen Reichstag auflösen. Der Redner legte einen Antrag vor, wonach der Reichstag seine Auflösung veranlaßt.

Ob die Regierung der Mitte zustande kommen wird, wird also nunmehr von den Beschlüssen der Deutschen Volkspartei abhängen. Wie es heißt, hat Dr. Scholz für seine Person dem Reichskanzler gegenüber nochmals seine Bedenken wiederholt, die er gegen die Bildung einer Regierung der Mitte bereits früher geäußert hat.

In parlamentarischen Kreisen wird davon gesprochen, daß, falls Dr. Marx die Bildung einer Regierung der Mitte nicht gönnen sollte, ein Kabinettswechsel der Verantwortlichkeiten oder der Fachminister gebildet werden soll. Desgleichen wird lebhaft über eine Auflösung des Reichstages debattiert. Reichswirtschaftsminister Dr. Gessler soll aus den Reihen der Demokratischen Partei und des Zentrums zahlreiche Zuschriften erhalten haben, die ihn dazu bewegen möchten, auf eine nochmalige Kandidatur als Reichswirtschaftsminister zu verzichten. Man will damit dem Kabinettswechsel die Unterstützung der Sozialdemokraten sichern, die auf keinen Fall Dr. Gessler länger an der Spitze des Reichswirtschaftsministeriums sehen wollen. Welche Stellung Dr. Gessler zu diesen Vorschlägen einnimmt, ist bisher unbekannt.

Polnische Einmischungen in die Pariser Verhandlungen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“. Paris, 19. Januar. Der polnische Botschafter in Paris Chludowski hat der Botschafterkonferenz ein Memorandum seiner Regierung zu der Frage der Befestigungsanlagen an der ostpreussischen Grenze überreicht.

Das Kommunique über die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“. Berlin, 19. Januar. Ueber die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wird folgendes Kommunique ausgegeben: „Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nahm in ihrer heutigen Sitzung die Berichte ihrer Abgeordneten Scholz und Dr. Curtius über den bisherigen Gang der Regierungsbildung entgegen. Die Fraktion sprach dem Abgeordneten Dr. Curtius den Dank für seine Führung der Verhandlungen aus und erklärte sich einmütig mit der Art dieser ausschließlich geführten Verhandlungen einverstanden. Die Fraktion stellte fest, daß infolge des Abbruches dieser Verhandlungen durch die Zentrumsfraktion die Frage nicht endgültig geklärt ist, ob die sachlichen Voraussetzungen für ein Zusammenwirken mit der deutsch-nationalen Fraktion auf innen- und außenpolitischem Gebiete gegeben sind. Die Fraktion betraut ihren Vorsitzenden mit der Weiterführung der Verhandlungen und wird diese auf der Grundlage ihrer bisherigen Beschlüsse führen.“

Abg. Leist (Wahr. Sp.) widersprach der sofortigen Behandlung und damit war der Antrag für heute erledigt. Der Gesetzentwurf über die Regelung des Arbeitervertrags an der deutsch-tschechischen Grenze wurde ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen. Wegen die sofortige Behandlung der kommunalistischen Anträge zur Erwerbslosenfrage wurde vom Abg. Ander (Ztr.) Widerspruch erhoben. Es folgte dann die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die

Reichswohngungszählung im Jahre 1927 und die Feststellung der Zahl der Wohnungsuchenden. Die Wohnungszählung soll in allen Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern erfolgen. Die Landesbehörden können bestimmen, daß die Zählung auch auf kleinere Gemeinden erstreckt wird oder daß sie in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern unterbleibt.

Abg. Dr. Frid (Wöl.) fordert eine Statistik über die öffentliche Einwanderung seit 1914, die zur Wohnungsfrage erheblich beigetragen habe. Auf Antrag des Abg. Dr. Steiniger (Din.) wurde die Vorlage dem Wohnungsausschuß überwiesen. Es folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfes zur Änderung der Gewerbeordnung über die Zulassung zum Gebrauch von Maschinen u. a. Danach können u. a. die Länder insbesondere die Niederlassungsfreiheit der Bedammen einschränken. Abg. Frau Krenndörfer (Komm.) befürchtete, daß darunter die ausreichende Versorgung von Stadt und Land mit Bedammen gefährdet wird. Auf Antrag des Abg. Effer (Ztr.) wurde die Vorlage dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen. Damit war die Tagesordnung erschöpft und der Reichstag vertagte sich auf Donnerstag.

Die europäische Grippeepidemie.

Bericht des Völkerbundes. Der Bericht des Völkerbundes über die Ausbreitung der Grippeepidemie umfaßt die Zeit von Ende Dezember bis zum 15. Januar. Von Deutschland hat eine